



## Antrag

Fraktion DIE LINKE

### Umsteuern in der Personalpolitik sofort einleiten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die mit dem Personalentwicklungskonzept der Landesregierung verfolgten Abbauziele sich in wichtigen Personalbereichen als letztlich nicht umsetzbar erweisen. Schon jetzt hat der durchgesetzte Personalabbau zu erheblichen Problemen geführt, die die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger und die Leistungsfähigkeit des Landes bedrohen.  
Es ist daher eine grundsätzliche Neuorientierung der Personalentwicklungsplanung erforderlich. Gleichzeitig müssen unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, um die Erfüllung der Aufgaben zu sichern und die Personalbestände in wichtigen Bereichen zu stabilisieren.
2. Die Landesregierung wird beauftragt, auf der Grundlage der Lehrkräftepersonalhebungen zum Stichtag im Oktober 2015 spätestens zum Anfang des Jahres 2016 Stellen für die Neueinstellung von Lehrkräften in einer Zahl auszuschreiben, mit der ein aktiver Personalbestand in den Schulen von 14.300 Vollzeitlehreinheiten gesichert wird.
3. Die Landesregierung wird weiter beauftragt, darüber hinaus in ausreichender Zahl weitere Stellen auszuschreiben, um eine qualifizierte Beschulung von Flüchtlings- und Migrantenkinder bzw. –jugendlichen zu gewährleisten und insbesondere die Voraussetzungen zu schaffen, dass sie die deutsche Sprache schnell erlernen können.
4. Die Landesregierung soll über die Umsetzung der Beschlüsse im Januar 2016 den Ausschuss für Bildung und Kultur unterrichten.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Personalbedarfsrechnung und die damit einhergehende Personalentwicklung bei der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt künftig auf der Grundlage belastungsorientierter Faktoren zu bestimmen.

(Ausgegeben am 09.09.2015)

6. Die Landesregierung wird beauftragt, im Rahmen der Beratungen zum Nachtragshaushalt für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 den jährlichen Neueinstellungskorridor im Bereich des Polizeivollzuges auf 350 zu erhöhen, um die entsprechenden Zielzahlen oberhalb von 6.000 Vollzugsbeamtinnen und -beamten mittelfristig garantieren zu können.
7. Die Landesregierung hat mit der Erhöhung des Neueinstellungskorridors gleichzeitig sicherzustellen, dass ausreichend räumliche Kapazitäten einschließlich der für die Ausbildung erforderlichen personellen Ressourcen vorhanden sind.
8. Für den Fall, dass der bisherige Ausbildungsstandort der Polizeifachhochschule Aschersleben räumlich wie auch personell den steigenden Anwärterinnen- und Anwärterzahlen nicht gerecht wird, wird die Landesregierung beauftragt, unverzüglich Alternativen zu prüfen und einen entsprechenden Lösungsvorschlag zu unterbreiten.
9. Die Landesregierung hat den Ausschuss für Inneres und Sport umgehend über die Umsetzung der unter den Ziffern 5 bis 8 benannten Forderungen zu unterrichten.

## **Begründung**

Bei der Aufstellung der Personalentwicklungskonzeption wurden aus Ländervergleichen Zielstellungen für die Personalstärken abgeleitet, die sich nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE mindestens in großen Personalbereichen wie der Lehrerschaft und der Polizei als nicht tragfähig erweisen. Schon früh wurde an dem aus den Zielstellungen resultierenden vorgesehenen Personalbau Kritik geäußert, nicht zuletzt im Rahmen der Enquetekommission „Die Gestaltung einer zukunftsfähigen Personalentwicklung im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt“.

Trotz mehrfacher Korrekturen hält die Landesregierung im Grunde an den Abbauzielen fest. Nach Meinung der Fraktion DIE LINKE sind, obwohl die Neueinstellungszahlen in den genannten Personalbereichen nunmehr über den Marken der im Personalentwicklungskonzept verankerten Einstellungskorridore liegen, Situationen entstanden, die unter anderem durch erheblichen Ausfall von Unterrichtsstunden, Kürzungen des Bildungsangebots und erhebliche Belastung der Bediensteten ... geprägt werden. Diese Lage gefährdet die gedeihliche Entwicklung des Landes. Die Personalpolitik muss grundsätzlich neu bestimmt werden. Gleichzeitig sind Sofortmaßnahmen erforderlich, um erhebliche Probleme, die sich abzeichnen, abzuwenden. Vor allem diesem Ziel dient der Antrag.

Im Bereich der Schulen zeigt bereits der Beginn des Schuljahres 2015/2016, dass sich die unzulängliche Personalausstattung des Schulwesens in Sachsen-Anhalt weiter fortsetzt und sich zuzuspitzen droht. Das findet seinen Ausdruck vor allem in weiter hohem Unterrichtsausfall und auch in weiter angespannter Arbeitsbelastung der Lehrkräfte.

Die Fraktion DIE LINKE geht davon aus, dass zur Sicherung einer vertretbaren Unterrichtsversorgung mindestens der in der Schule aktive Personalbestand des Schuljahres 2013/2014 gehalten werden muss. Diese Personalausstattung wird derzeit,

trotz gleichbleibender oder teilweise sogar steigender Schülerzahlen, nicht mehr erreicht und auch nicht mehr angestrebt.

Die Fraktion DIE LINKE fordert, diese Situation zu beenden. Es ist eine neue Personalstrategie für das Schulwesen erforderlich. Bevor dazu übergegangen werden kann, soll durch eine entsprechende Stellenausschreibung gesichert werden, dass unverzüglich noch vorhandene Bewerberinnen und Bewerber eine Chance erhalten können, in den Schuldienst in Sachsen-Anhalt einzutreten und die Personalsituation zu konsolidieren.

Weiter ist auf der Grundlage der aktuellen Entwicklungen dafür Sorge zu tragen, dass in ausreichender Zahl Lehrkräfte, ggf. auch befristet, für die Beschulung von Flüchtlings- und Migrantenkinder bzw. –jugendlichen zur Verfügung stehen.

Die erforderliche Zahl von Neueinstellungen in diesem Bereich muss an Hand der aktuellen Entwicklungen – auch kurzfristig – bestimmt und umgesetzt werden.

Im Bereich der öffentlichen Sicherheit entwickelt sich beim Personal eine mit den Schulen vergleichbare Situation. Der geplante Abbau durch die Beschränkung des Neueinstellungskorridors und der viel zu niedrig angesetzten Personalabgänge haben eine für die Polizei und die öffentliche Sicherheit im Land unakzeptable Situation erzeugt. Die bisherigen Veränderungen, die die Landesregierung dazu in Aussicht gestellt hat, sind unzureichend. Nötig ist ein sofortiger maximaler Ausbau der jährlichen Ausbildungskapazitäten auf 350 Plätze, nur damit wird die unbedingt notwendige Zahl von mehr als 6.000 aktiven Vollzugsbeamten mittelfristig erreicht werden können.

Dafür ist es unabdingbar, für entsprechende Ausbildungskapazitäten wie auch ausreichendes Lehrpersonal zu sorgen.

Wulf Gallert  
Fraktionsvorsitzender